

Seite: 9
Ressort: SÜDWESTECHO
Ausgabe: Hauptausgabe

Gattung: Tageszeitung
Auflage: 5.027 (gedruckt) 4.326 (verkauft) 4.482 (verbreitet)

„Ich freue mich auf den Dialog in Ettlingen“ BNN-Interview

Grünen-Fraktionsvorsitzender Andreas Schwarz leitet Klausurtagung in der Großen Kreisstadt

Stuttgart/Ettlingen. Von Dienstag, 12. bis Donnerstag, 14. September, findet sich die Landtagsfraktion der Grünen in Ettlingen zur Klausurtagung zusammen, bei einem Bürgerempfang stehen die Parlamentarier und Ministerpräsident Winfried Kretschmann für jedermann zum Gespräch zur Verfügung. Mit Fraktionschef Andreas Schwarz sprach BNN-Redakteur Wolfgang Voigt. Welche Hauptthemen stehen bei der Klausurtagung im Mittelpunkt?

Schwarz: Es gibt drei zentrale Themen, zu denen wir jeweils Beschlüsse fassen wollen: Das erste ist „gemeinsam erhalten, was uns erhält: Biologische Vielfalt als Natur- und Landschaftsräume und Tier- und Pflanzenarten“. Das zweite Thema behandelt die Frage, wie wir die Weichen für eine neue Mobilität stellen. Und als drittes befassen wir uns mit der Frage, wie wir junge Menschen für die Demokratie begeistern wollen.

Was erwarten Sie vom Dialog mit den Bürgern in Ettlingen?

Schwarz: Wir Grünen stehen für Bürgerbeteiligung. Wir wollen wissen, was die Menschen bewegt und welche Anregungen sie für unsere Politik haben. Und natürlich wollen wir erfahren, ob unsere Politik ankommt. Mit unseren Bürgerdialogen anlässlich der Klausurtagungen haben wir hier sehr gute Erfahrungen gemacht. Ich freue mich auf den Dialog in Ettlingen.

Der Ministerpräsident will beim Dieseldieselthema Fahrverbote möglichst verhindern. Muss sich hier die Fraktion nicht weiter abgrenzen?

Schwarz: Drei Punkte sind wichtig: Der Gesundheitsschutz steht im Vordergrund. Daher müssen wir die Stickoxide auf jeden Fall reduzieren. Wir müssen die Arbeitsplätze in der Autoindustrie erhalten und wir müssen das Klima schützen. Das gelingt, wenn E-Mobilität, Zug-, Bus- und Fahrradverkehr ausgebaut werden und wir die Weichen dafür stellen, dass unsere Elektroautos

aus Baden-Württemberg und nicht aus China oder den USA kommen.

Ihre Partei steht für ein Neuzulassungsverbot für Dieselaautos ab 2030.

Schwarz: Mit diesem Beschluss haben wir Grünen eine Debatte gestartet. Das war ein Weckruf für die Automobilindustrie. Ob wir ab 2030 oder ab 2032 emissionsfrei fahren, ist nicht so entscheidend. Wichtiger ist, dass das emissionsfreie Fahren dank unserer Initiative gesellschaftlich inzwischen unumstritten ist.

Während alle Welt über Autos spricht, gerät der Zugverkehr etwas aus dem Blick.

Schwarz: In der Tat wären wir schon viel weiter, wenn wir mehr Bahnstrecken elektrifiziert hätten. Hier gibt es ein massives Versäumnis des Bundesverkehrsministers. Elektromobilität findet ja auch auf der Schiene statt. Jetzt, da die Rheinstalstrecke in Rastatt unterbrochen ist, merken wir das ganz besonders. Die Ausweichstrecke von Basel über Waldshut-Tiengen, Singen und Radolfzell Richtung Stuttgart und Ulm muss durchgehend elektrifiziert und zweigleisig ausgebaut werden. Der Bund muss in den nächsten Jahren ein Elektrifizierungsprogramm für die Schiene in Baden-Württemberg auflegen.

Stichwort Rastatt: Wie groß sind der volkswirtschaftliche Schaden und der Imageschaden für die Bahn durch die Baustellen-Havarie?

Schwarz: Der Imageschaden für die Deutsche Bahn und für den Bundesverkehrsminister Dörner ist immens. Der volkswirtschaftliche Schaden lässt sich noch nicht beziffern. Bei mir kommt jedenfalls eine erhebliche Verärgerung aus Kreisen der Wirtschaft an.

Der Bund müsste aus Ihrer Sicht auch den Weg für die blaue Plakette für besonders emissionsarme Autos frei machen.

Schwarz: Ich hoffe sehr, dass sich die

nächste Bundesregierung hier bewegt. Die blaue Plakette ist das Instrument, um Fahrverbote zu vermeiden und zugleich zu sauberer Luft in den Städten zu kommen. Ich bin sehr froh, dass wir uns in der grün-schwarzen Koalition auf die blaue Plakette verständigt haben: Die CDU im Land macht mit. Das fordere ich auch von der nächsten Bundesregierung.

Wie sehr belastet der Bundestagswahlkampf das Klima in der Koalition?

Schwarz: Unsere Koalition arbeitet gut. Die Bundestagswahl empfinde ich nicht als Belastung. Wir haben uns vor den Ferien in guten Beratungen auf die Grundzüge für den Doppelhaushalt 2018/2019 geeinigt. Die Fortführung der Reformen im Bildungsbereich und die Schaffung von 1.400 neuen Stellen bei der Polizei sowie viele andere Entscheidungen haben wir in großem Einvernehmen getroffen.

Wäre bei so vielen guten Erfahrungen mit der CDU Schwarz-Grün im Bund Ihr Lieblingsmodell?

Schwarz: Ich werbe für starke Grüne. Es geht um Platz drei. Wir haben im Südwesten gezeigt, dass wir ein Land sehr gut regieren können. Unsere Themen wie Ökologie, Klimaschutz, eine innovative Wirtschaft, Digitalisierung und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind so wichtig, dass sie in einer neuen Bundesregierung eine starke Stimme brauchen. Bei Platz drei könnte Ihnen die Alternative für Deutschland (AfD) einen Strich durch die Rechnung machen.

Schwarz: Die AfD-Fraktion in Baden-Württemberg hat Fraktionsgelder rechtswidrig für den Wahlkampf eingesetzt. Und sie hat nicht ein einziges Konzept für die Herausforderungen von morgen vorgelegt. Das ist keine Alternative, das ist Wählertäuschung.

BNN-Interview

Fotograf: DESC5
Wörter: 709
Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Badische Neueste Nachrichten Badendruck GmbH

© 2017 PMG Presse-Monitor GmbH

Autor: Von Anneliese Lieb
Seite: 19
Ressort: Nürtingen und sein Umland
Ausgabe: Hauptausgabe

Gattung: Tageszeitung
Auflage: 17.722 (gedruckt) 17.115 (verkauft)
17.951 (verbreitet)
Reichweite: 0,048 (in Mio.)

Nachhaltige Mobilität und Biodiversität

Andreas Schwarz, Landtagsfraktionschef der Grünen: "Das Elektroauto der Zukunft muss aus Baden-Württemberg kommen"

Biodiversität, Mobilität und der Zusammenhalt der Generationen, das sind die drei Themenbereiche, mit denen sich die Landtagsfraktion der Grünen bei ihrer Klausurtagung nach den Sommerferien beschäftigt. "Diese Themen sind uns für die Zukunft wichtig", sagt Andreas Schwarz. Der Kirchheimer ist seit 2016 Fraktionsvorsitzender der Grünen im Stuttgarter Landtag.

Von Anneliese Lieb

NÜRTINGEN. Nachhaltigkeit ist für den 37-jährigen Familienvater keine Worthülse, sondern Programm. Zum Redaktionsgespräch kommt er mit einem Elektroauto. Doch unter dem Stichwort Nachhaltigkeit verteidigt Schwarz nicht nur den Umstieg auf die Elektromobilität, da geht es zum Beispiel auch um die Biodiversität. Zwei ganz wichtige Punkte. Die 47 Abgeordneten der Grünen-Landtagsfraktion werden sich damit bei ihrer Klausurtagung in Ettlingen vertieft beschäftigen.

Wie kann es gelingen, die Biodiversität im Baden-Württemberg zu erhalten? "Die Artenvielfalt im Land geht dramatisch zurück", ist Schwarz alarmiert. "Ackerwildkräuter nehmen ab, Wildbienenarten und die Vogelpopulation sind bedroht." Dieser Entwicklung möchten die Grünen mit dem Erhalt beziehungsweise dem Ausbau von Schutzgebieten entgegenzutreten. Die neu ins Leben gerufenen Landschaftserhaltungsverbände wollen die Grünen stärken. "Wir werden die Mittel für den Naturschutz im Landeshaushalt um acht Millionen Euro erhöhen", nennt der Fraktionsvorsitzende als wichtige Maßnahme. Außerdem wolle man eine Pestizidreduktionsstrategie starten. Mit Hilfe von Landesmitteln - im nächsten Doppelhaushalt sollen dafür 1,2 Millionen Euro bereitgestellt werden - will man Landwirten Wege aufzeigen, wie der Pestizideinsatz verringert werden kann. Außerdem sollen drei Ministerien (Umwelt, Landwirtschaft und Verkehr) ein Gesamtkon-

zept zur Biodiversität erarbeiten. "Bis November 2017 soll es vorliegen", sagt Schwarz.

Weiteres Klausurthema: "Elektrisch und mehrgleisig". Dahinter steht für den Kirchheimer Abgeordneten der Transformationsprozess der Automobilindustrie hin zur Elektromobilität und zur Brennstoffzellentechnik. Für Baden-Württemberg ein ganz wichtiges Projekt, das in strategischer Partnerschaft mit der Industrie gelöst werden müsse. "Das Elektroauto der Zukunft muss aus Baden-Württemberg kommen." Um das Elektroauto zu fördern, setzten die Grünen auf die Landesinitiative Elektromobilität und haben den Ausbau der Ladestationen initiiert. Schwarz: "Der Abstand zwischen den einzelnen Ladesäulen darf maximal zehn Kilometer betragen."

Mobilität heißt für die Grünen aber auch Ausbau und Sanierung der Schienenwege. Im Zusammenhang mit der Rheintalstrecke sieht Schwarz ein eklatantes Versagen des Bundesverkehrsministers. Das Bundesschienenwege-Ausbaugesetz müsse geändert werden. Der zweigleisige Ausbau der Gäubahn, die Elektrifizierung der Strecke Basel-Singen-Friedrichshafen und die Große Wendlinger Kurve sind für den 38-Jährigen ganz wichtige Punkte für eine zukunftsfähige Mobilität.

Beim letzten Punkt der Klausurtagung steht die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Vordergrund. Hier geht es den Grünen im Land darum, junge Menschen für die Demokratie zu begeistern. Mit Hilfe von

Schulen (Ganztagsangeboten) und Jugendverbänden - "von der Jugendfeuerwehr bis hin zur Naturschutzjugend" - wollen die Grünen bei der jungen Generation die Begeisterung für Beteiligung wecken. Fünf Millionen Euro wollen die Grünen für den Zukunftsplan Jugend im Haushalt einstellen.

Auf die Frage, welche Lösungen der Kirchheimer Abgeordnete den staugeplagten Autofahrern in der Region bieten kann, verweist Schwarz unter anderem auf den Koalitionsvertrag, in dem als Leitbild eine nachhaltige und moderne Verkehrspolitik festgeschrieben ist. Eine längerfristige Entlastung bringe ein sechsspuriger Ausbau des Alaufstiegs. "Wir müssen den Auto- und Schwerlastverkehr auf den Autobahnen bündeln. Darüber hinaus setzt er auf eine intelligente Verkehrsführung und einen Umstieg auf den ÖPNV. Hier nennt er als Stichwort den Ausbau der Regionalverkehre, bei dem langfristig die SBahn-Tangentialverbindung Böblingen-Flughafen-Wendlingen einen bedeutenden Stellenwert habe.

Ab 2021 ein Ticket für alle Busse und Bahnen im Land

Aber wie kann man die Menschen für den Umstieg auf den öffentlichen Personennahverkehr begeistern, wenn sie für jedes Verkehrsmittel ein extra Ticket benötigen? "Mit der Gründung der Baden-Württembergischen Tarif-GmbH wollen wir 2018 den Landestarif auf den Weg bringen - ein Ticket für alle Busse und Bahnen." Im Endausbau spätestens 2021 soll es dann über die Grenzen aller Verkehrsverbände hinweg ein Ticket

geben. Gleichgültig, ob der Nutzer zum Beispiel zuerst mit dem Bus vom Enzenhardt zum ZOB, dann weiter mit der Bahn nach Tübingen und dort mit dem Tübinger Stadtverkehr zur Augenklinik oder zur Uni fahre. "Wir wollen die ÖPNV-Nutzung vereinfachen", sagt Andreas Schwarz.



Redaktionsgespräch mit Andreas Schwarz, Fraktionschef der Grünen im Landtag Foto: jh

Wörter: 654

Seite: 6
Ressort: Blick ins Land

Ausgabe: Hauptausgabe
Gattung: Tageszeitung

Ideen müssen sich im Alltag bewähren

Grünen-Landtagsfraktion informiert sich in Karlsruhe über „autonomes Fahren“

Karlsruhe (win) – „Wir diskutieren schon viel zu lange.“ Professor Johann Marius Zöllner und seine Kollegen vom Karlsruher Forschungszentrum Informatik (FZI) wollen sich endlich an die Arbeit machen. Noch in diesem Jahr sollen in Karlsruhe die ersten Module des Testfelds „autonomes Fahren“ in Betrieb gehen, endlich soll geprüft werden, ob die in den vergangenen Jahren entwickelten Ideen sich auch im Alltagsbetrieb bewähren.

Teile der Grünen-Landtagsfraktion informierten sich jetzt am FZI über den aktuellen Stand der Technik, über Datenschutz, bürokratische und rechtliche Hürden, vor allem auch darüber, wie die Landespolitik unterstützend eingreifen kann. Drei Dinge sind es, die die Landesgrünen laut ihres Fraktionsvorsitzenden Andreas Schwarz beim autonomen Fahren vor allem im Blick haben.

Der Umbau der Mobilität im Land soll ein Beitrag zum Klimaschutz leisten, die Stickoxide in der Luft reduzieren und auch dafür sorgen, dass die Wertschöpfung im Land erhalten bleibt. Sehr erfreut reagierten die Grünen auf den Hinweis, dass auch der Öffentliche Nahverkehr beim Thema moderne Mobilität eine ganz wichtige Rolle spielen soll. „Autonom und elektrisch genügt nicht“, hatte Alexander Pischon, Chef des Karlsruher Verkehrsverbunds, darauf verwiesen, dass autonome Mobilität auch mit einer Reduzierung des Verkehrsaufkommens einhergehen müsse. Öffentliche Flächen und Parkplätze könnten nur dann für die Allgemeinheit zurückgewonnen werden, wenn es gelänge, Massenverkehr und Individualverkehr unter einen Hut zu bringen. Car-

Sharing und Leihfahrräder seien hierbei eine wichtige Komponente. Karlsruhe gehöre zu den Pionierregionen auf diesem Gebiet, inzwischen drohten aber Berlin und Hamburg der Fächerstadt den Rang abzulaufen. In diesem Zusammenhang sei nicht immer nachvollziehbar, weshalb die Region Karlsruhe oder das Land bei Fördergeldern des Bundes leer ausgingen. Oberbürgermeister Frank Mentrup fordert deshalb verstärkte Lobbyarbeit in Berlin. „Wir sind hier, weil wir dem automatisierten Fahren einen Schub geben wollen“, sagte Schwarz diese Unterstützung zu. Baden-Württemberg werde mit Engagement am Thema bleiben und deshalb sei auch bei noch offenen Fragen ein guter Informationsaustausch zwischen Politik, Wissenschaft und Industrie wichtig.

Abbildung: Professor Johann Marius Zöllner (rechts) vom Forschungszentrum Informatik erläutert der Grünen-Landtagsfraktion den Stand der Technik und Zukunftspläne.
Wörter: 328
Urheberinformation: (c) Badisches Tagblatt GmbH

Autor:	Von unserem Redaktionsmitglied Bernd Kamleitner	Ausgabe:	Hauptausgabe
Seite:	9	Gattung:	Tageszeitung
Ressort:	SÜDWESTECHO	Auflage:	5.027 (gedruckt) 4.326 (verkauft) 4.482 (verbreitet)

Persönliche Anliegen statt große Themen

Ministerpräsident Kretschmann und seine Fraktion luden zum Bürgerdialog ein

Ettlingen. Er ist der erste Mann der Stadt – und beim Bürgerdialog mit dem Ministerpräsidenten formuliert er das erste Anliegen: Im nächsten Jahr, so Ettlingens OB Johannes Arnold (parteilos) an die Adresse von Winfried Kretschmann, feiern die Schlossfestspiele den 40. Geburtstag. „Eine Jubiläumsszulage wäre eine Krönung“, ergänzt der Rathauschef schmunzelnd. Ob sein Anliegen von der grün-schwarzen Landesregierung erhört wird? Gestern Abend bleibt die Antwort zunächst noch offen. Auf Antworten hoffen zu diesem Zeitpunkt einige Fragesteller mehr. An die 200 Menschen sind zum Bürgerdialog mit den über 40 grünen Landtagsabgeordneten und den Ministern der Partei in die Schlossgartenhalle gekommen, der bei Redaktionsschluss noch andauert. Eingeladen hat die grüne Landtagsfraktion, die sich noch bis morgen in Ettlingen zur Klausurtagung trifft, um die Eckpunkte der künftigen Politik abzu-

stecken. Die Fragen, die dem Ministerpräsidenten bei solchen Anlässen von Bürgern gestellt werden, drehen sich indessen nicht immer um die große Politik, wie der Regierungschef im BNN-Gespräch erläutert. „Die Leute bringen immer sehr persönliche Anliegen, nicht die großen Themen, die die Schlagzeilen in den Zeitungen bestimmen.“ Dennoch möchte der Regierungschef solche Gelegenheiten nicht missen. In Wahlkampfzeiten sind sie für einen wie ihn ohnehin Pflicht. „Es ist wichtig, die Stimmung mitzubekommen und zu hören, was den Leuten unter den Nägeln brennt“, sagt er. Ein Jugendlicher aus Malsch will zum Beispiel von ihm wissen, was er gegen zunehmende rechte Tendenzen im Land zu tun gedenkt. Seine Mutter fragt sich, warum manche Angestellte des Landes nur befristete Verträge bekommen. In ihrem Bekanntenkreis gibt es davon einige Beispiele, berichtet die Frau. Worum es den Grü-

nen geht, erläutert ihr Landtagsfraktionschef Andreas Schwarz. Gesunde Natur und Umwelt sowie neue und innovative Mobilität sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt sind drei zentrale Komplexe. Streiten ist für den Regierungschef dabei „die Würze der Demokratie“. Aber nur ein „zivilisierter Streit hält die Gesellschaft zusammen“, mahnt er und warnt vor „Polarisierern, Angstmachern und Schlechtrednern“ – ohne dabei mit einem Wort die AfD zu erwähnen. Auch vom Terrorismus dürfe man sich nicht einschüchtern lassen. Mit Blick auf seine grünen Minister und den Fraktionschef hat Kretschmann noch eine andere Botschaft: „Sie brauchen sich über meine Nachfolge keine Sorgen machen!“

OB Arnold wünscht mehr Geld für die Festspiele

Abbildung: IM DIALOG: Ministerpräsident Winfried Kretschmann (rechts) sprach gestern Abend in der Ettlinger Schlossgartenhalle. Anschließend suchte er mit über 40 grünen Landtagsabgeordneten und den grünen Ministern das Gespräch mit Bürgern. Foto: Fabry

Wörter: 390

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Badische Neueste Nachrichten Badendruck GmbH

Autor: Jens Schmitz
Seite: 20
Ressort: Südwest

Rubrik: Heidelberger Nachrichten

Ausgabe: Hauptausgabe
Gattung: Tageszeitung
Auflage: 37.851 (gedruckt) 35.207 (verkauft)
 36.531 (verbreitet)
Reichweite: 0,147 (in Mio.)

Ein „Stempel“ auch für Fleischprodukte

Grüne für System wie beim Ei

Von Jens Schmitz, RNZ Stuttgart
 Stuttgart. Die Grünen wollen nach der Sommerpause von Baden-Württemberg aus eine bundesweite Pflicht zur Haltungskennzeichnung bei Fleisch und Wurstwaren anstoßen. Das erklärten Fraktionssprecher bei einem Pressegespräch. Ein transparentes System analog zum Eierverkauf soll nicht nur Tierwohl, Verbraucherschutz und Lebensmittelqualität stärken, sondern auch Erzeugern Planungssicherheit geben. Das Projekt steht im Koalitionsvertrag mit der CDU.

„Artgerechte Nutztierhaltung ist heute ein breites gesellschaftliches Anliegen“, heißt es im Entwurf zu einem Beschluss, den die Grünen-Fraktion bei ihrer Klausurtagung nächste Woche fassen will. Thekla Walker und Martin Hahn, Sprecher für Tierschutz- und Agrarpolitik, zitierten Umfragen, denen zufolge viele Verbraucher bei der Fleischerzeugung mehr Transparenz wünschen und auch bereit wären, für Produkte aus artge-

rechter Haltung Aufpreise zu bezahlen. Der Erfolg der Eierkennzeichnung habe gezeigt, dass diese Bereitschaft echt sei, erklärte Walker.

Seit den Jahren 2004 und 2005 müssen in der EU verkaufte Hühnereier mit Nummerncodes versehen werden, aus denen nicht nur die Herkunft, sondern auch die Haltungsform hervorgeht. Der Anteil von Käfigeiern ist seither im Einzelhandel steil abgestürzt. „Fleisch ist komplizierter, das ist uns klar“, erklärte Hahn. Auch dafür schwebt den Grünen aber ein vierstufiges Modell vor, von ökologischer Tierhaltung (Kennzeichnung 0; mindestens EU-Bio-Standard) bis zur Erfüllung der tierschutzrechtlichen Mindestanforderungen (3). Erste Schätzungen gingen je nach Standard von einem Preisanstieg zwischen drei und fünf Prozent aus, erklärte Walker. Die Partei strebt eine staatliche kontrollierte Eigenzertifizierung der Betriebe an, mit stichprobenartigen Nachprüfungen. Hoffnungen auf eine EU-weite-

Regelung machen sich die Grünen derzeit nicht. Die vormalige grün-rote Landesregierung habe bereits festgestellt, dass ein nationaler Alleingang möglich sei.

Einige Erzeuger wünschten sich, dass die Kennzeichnung freiwillig wird. Das finden die Grünen sinnlos. Im Koalitionsvertrag mit der CDU steht: „Durch eine Haltungskennzeichnung bei frischem Fleisch – analog zur Eierkennzeichnung – wollen wir faire Preise für die Erzeuger und Transparenz ermöglichen.“

Einen Fehler aus der geltenden Eierpraxis wollen die Grünen dabei vermeiden: Die dortige Kennzeichnungspflicht erfasst weder Flüssigeiprodukte noch anderweitig verarbeitete Eier; entsprechend ist der Anteil an Käfigerzeugnissen in diesen Kategorien hoch geblieben. „Wir müssen die verarbeiteten Produkte einbeziehen“, erklärte Hahn.

Wörter: 335

Autor: Nils Mayer [0008103331]
Seite: 5
Ressort: LANA

Ausgabe: Hauptausgabe
Gattung: Tageszeitung

Wie leben Tiere vor ihrer Schlachtung?

Grüne im Landtag fordern mehr Transparenz bei Fleisch

Wie sind Tiere gehalten worden, deren Fleisch im Supermarkt liegt oder ein Metzger verarbeitet? Um Verbrauchern mehr Klarheit zu bieten, fordert die Landtagsfraktion der Grünen eine neue Qualitätskennzeichnung – ähnlich wie es sie bereits bei den Eiern gibt. Nils Mayer

Stuttgart Viele Fleischkonsumenten sind laut Umfragen bereit, höhere Preise zu bezahlen, wenn Erzeuger ihre Schweine, Rinder oder Hühner artgerecht halten und die Qualität stimmt. Bisher ist es für sie aber gar nicht so einfach, bei all den Gütesiegeln und Qualitätszeichen auf Verpackungen den Durchblick zu behalten und die Tierhaltungsform nachzuvollziehen. Die agrar-, tierschutz-, und Verbraucherschutzpolitischen Experten der Grünen im baden-württembergischen Landtag machen sich deshalb für die Einführung einer staatlichen Qualitätskennzeichnung für Fleisch stark.

„Es gibt ein Label-Wirrwarr“, sagt die tierschutzpolitische Sprecherin der Grünen, Thekla Walker. Gleichwohl fehle derzeit die Transparenz, wie ein Erzeuger seine Tiere halte. Das wolle man ändern, die artgerechte Tierhaltung stärken und Verbrauchern eine einfachere Entscheidungsgrundlage für den Kauf an die Hand geben – analog zur bereits bestehenden Eierkennzeichnung.

Die Kennzeichnung für Hühnereier gibt es innerhalb der Europäischen Union (EU) inzwischen seit mehr als zwölf Jahren. Eine 3 steht demnach für Eier aus Käfighaltung in einer Legebatterie,

eine 2 für Eier aus Bodenhaltung, eine 1 für Eier aus Freilandhaltung und eine 0 für Bio-Eier aus Freilandhaltung mit Futter aus ökologischem Anbau. Aus Sicht des agrarpolitischen Sprechers der Grünen, Martin Hahn, ist diese Regelung längst ein Erfolg. Sie habe dazu geführt, dass die Eierkonsumenten tierwohlorientierter einkaufen, sagt er.

Vier Kennzeichnungskategorien können sich die Grünen auch beim Fleisch vorstellen: eine 3 könnte für tierschutzrechtliche Mindestanforderungen stehen; eine 0 für ökologische Tierhaltung, die mindestens die Bio-Standards der EU erfüllt und die beste Qualität verspricht. Einige Fragen und Details zur konkreten Ausgestaltung und Umsetzung seien noch offen, heißt es. Experten gehen bei Einführung eines Haltungsnachweises von einem Preisanstieg der Fleischware von drei bis fünf Prozent aus.

Weil mehrere EU-Mitgliedsstaaten den Plänen für eine Fleischkennzeichnung eher negativ gegenüberstehen, schwebt den Grünen im Landtag eine bundeseinheitliche Regelung vor. Sie soll für Erzeuger in Deutschland verpflichtend, für Erzeuger aus anderen Ländern frei-

willig sein. Der Bauernverband fürchtet einen Wettbewerbsnachteil für manche Betriebe, er äußerte sich bei einer öffentlichen Anhörung im Juli dementsprechend kritisch zu den Plänen. Der grüne Agrarexperte Hahn hält die aber für unbegründet. Vielmehr habe die Landwirtschaft dadurch mehr Investitionssicherheit – zum Beispiel beim Umbau in artgerechtere Ställe – und mehr Chancen, sich über eine hohe Qualität auf dem Markt zu behaupten.

Die grüne Landtagsfraktion will die Pläne auf der Klausurtagung in der nächsten Woche verabschieden. Sofern eine Fleischkennzeichnung in den Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl nicht ohnehin eine Rolle spielt, strebt sie eine Bundesratsinitiative an. Der dafür zuständige Agrar- und Verbraucherschutzminister Peter Hauk (CDU) zeigt sich offen. Wie die Kennzeichnung genau ausgestaltet werde, müsse man allerdings noch besprechen, sagt eine Sprecherin von Hauk. Klar sei: Es müsse eine „praktikable Lösung“ sein, die nicht zu viel Bürokratie verursache und dem Verbraucher auch etwas bringe.

Wörter: 480

Seite: 6
Ressort: SÜDWESTUMSCHAU
Ausgabe: Hauptausgabe
Gattung: Tageszeitung

Jahrgang: 73
Nummer: 213
Auflage: 55.422 (gedruckt) 52.763 (verkauft)
 53.576 (verbreitet)
Reichweite: 0,113 (in Mio.)

Grüne wollen Verkehr ohne Schadstoffe

Klausurtagung Fraktion beschließt Positionspapier zur Förderung des Wandels in der Automobilindustrie.

Ettlingen. Die Grünen wollen den Wandel in der Automobilindustrie aktiv vorantreiben. „An sauberen Antrieben, der Digitalisierung und der Elektrifizierung des Verkehrs geht kein Weg vorbei“, heißt es in einem Positionspapier, das die Landtagsfraktion am Mittwoch auf ihrer Klausur in Ettlingen beschlossen hat. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, müsse sich die Autoindustrie in Baden-Württemberg „fundamental“ wandeln. Nur so könnten bei der notwendigen Transformation „Arbeitsplätze und Wertschöpfung“ im Land erhalten bleiben. Weiter heißt es in dem Beschluss: „Ein Beharren auf dem Status quo und den bisherigen Geschäftsmodellen ist sowohl wirtschafts- als auch verkehrspolitisch nicht zielführend.“

Von der künftigen Bundesregierung fordern die Grünen die Einführung der

Blauen Plakette und weiterer Instrumentarien für die Umsetzung des „Luftreinhaltrechts auf Landesebene“. In Richtung Wirtschaft heißt es: „Als Lösung für die nahe Zukunft erwarten wir von der Automobilindustrie wirksame Nachrüstungen für Diesel-Pkw, um Gesundheitsschutz zu gewährleisten und Fahrverbote zu vermeiden.“ Überhaupt sieht die Fraktion die Hersteller in der Bringschuld: Der Strategiedialog der Landesregierung biete der Autoindustrie Gelegenheit, „Glaubwürdigkeit zurück zu gewinnen“.

Schwarz: Wandel ist Chance

Selbst will die Fraktion den Prozess durch verschiedene Maßnahmen auf Landesebene unterstützen und Baden-Württemberg trotz „schwieriger Ausgangsbedingungen“ als „Modellland beim Klimaschutz im Verkehr“ positionieren. So sollen Forschung und Ent-

wicklung „für eine klimafreundliche, emissionsfreie, sichere und preiswerte Mobilität technologieoffen“ intensiviert und der Ausbau der Infrastruktur für die E-Mobilität beschleunigt werden.

„Unser Ziel ist das emissionsfreie Fahren“, sagte Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz dieser Zeitung. „Wir verstehen diese Transformation als Chance für Baden-Württemberg, um Wertschöpfung und Wohlstand im Land zu sichern.“ Mit seiner exzellenten Hochschul- und Forschungslandschaft, starken Mittelständlern und seiner Gründerszene habe der Südwesten dafür die besten Voraussetzungen. „Wir sehen es als unsere politische Aufgabe an, diese Potenziale zu heben und den Mobilitätswandel mit den dafür notwendigen Strukturen und Ressourcen auszustatten.“ Roland Muschel

Wörter: 293

Urheberinformation: (c) Neue Pressegesellschaft mbH & Co. KG

Autor: Von Katja Korf
Seite: 2
Ressort: Wir im Süden
Ausgabe: Hauptausgabe

Gattung: Tageszeitung
Auflage: 22.567 (gedruckt) 23.470 (verkauft)
 23.945 (verbreitet)
Reichweite: 0,080 (in Mio.)

Grüne wollen Fleisch besser kennzeichnen

Art der Tierhaltung soll für Verbaucher erkennbar sein – CDU lehnt Pläne ab

Die Grünen fordern, für Fleisch eine deutschlandweit verbindliche Kennzeichnung einzuführen. Sie soll analog zu jenem System funktionieren, mit dem Eier ausgezeichnet werden. Die CDU warnt vor einem Bürokratiemonster und fürchtet um kleine Betriebe. Der Bauernverband ist auch dagegen.

Wer heute Eier kauft, kann sich auf eines verlassen: Eine Kombination aus Zahlen und Buchstaben zeigt, aus welchem Bundesland ein Ei kommt und wie die Hennen gehalten werden. Die 08 steht für Baden-Württemberg, die Ziffer 0 zeigt biologische Haltung an. Die 1 steht für Freiland, die 2 für Boden- und die 3 für Käfighaltung. Die Vorschriften gelten EU-weit, Bauern und Händler müssen sich daran halten.

Eierkennzeichnung als Vorbild

„Das ist ein voller Erfolg. Die Menge der Eier aus Bio- und Freilandhaltung ist stark gestiegen“, sagt Martin Hahn, Agrarexperte der Grünen aus Überlingen. Ein wichtiger Grund sei, dass das System einfach ist. Außerdem ist es gesetzlich vorgeschrieben. Deswegen verlassen sich Verbraucher auf das, was auf den Eiern steht. Die Hühnerzüchter selbst hätten laut Hahn daher die Chance, sich an verbindlichen Kriterien zu orientieren und damit zu werben. Kunden seien im Gegenzug bereit, mehr für verlässliche Qualität zu zahlen, die Bauern erhielten so bessere Preise.

Doch schon an dieser Argumentation entzündet sich Kritik. Marko Eberle vom Landesbauernverband hält sie für nicht schlüssig. Denn seit 2016 ist die Käfighaltung von Hühnern in Deutschland verboten. „Es war nicht die Kennzeichnung, sondern das Verbot, das den Umschwung gebracht hat“, sagt Eberle.

Bevor der Handel die Käfighaltungseier aus den Regalen nahm, hätten Kunden durchaus noch solche Eier gekauft.

Alle Produkte auszeichnen

Die Grünen sehen das Eier-System dagegen als Vorbild und wollen beim Fleisch ebenfalls so verfahren. Ob Filet beim Metzger, Wurst oder andere Produkte der Schlachtung – alle sollen gekennzeichnet werden. Dabei stünde die 3 für Betriebe, die die gesetzlichen Mindestanforderungen des Tierschutzes erfüllen. Bei der 2 hätten Tiere mehr Platz als vorgeschrieben und artgerechtere Lebensbedingungen. Wer sein Fleisch mit 1 auszeichnen will, müsste seinen Tiere Auslauf gewähren. Die 0 stünde für Öko-Höfe, die nach EU-Bio-Standard oder höher wirtschaften.

Dem Landesbauernverband ist diese Abstufung zu ungenau. „Sie widerspricht dem heutigen Forschungsstand“, sagt Referent Eberle. Es gebe viele sinnvolle Formen der Haltung, ein grobes Raster sage wenig aus. Es sei nicht gesagt, dass ein Schwein mit Auslauf besser lebe als eines ohne. Das hänge von vielen Faktoren ab.

Das Land kann an der geltenden Rechtslage allein nichts ändern. Dazu braucht es ein Bundesgesetz. Sollten die Grünen an einer künftigen Bundesregierung beteiligt sein, wollen sie sich dort für die Kennzeichnungspflicht einsetzen. Außerdem vorstellbar: eine gemeinsame Gesetzesinitiative mit der CDU im Bundesrat. „Wir haben die Kennzeichnungspflicht in den Koalitionsvertrag geschrieben. Wir werden jetzt auf die CDU und das Landwirtschaftsministerium zugehen und die Details besprechen. Dem sehe ich gelassen entgegen“, sagt Tierschutz-Expertin Thekla Walker.

Doch die CDU reagiert weniger gelassen. „Wir sehen das skeptisch. Das vorgeschlagene System erfordert einen hohen Aufwand, den Landwirte, Metzger und Händler zahlen sollen“, sagt Patrick Rapp, CDU-Experte für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Fachleute würden vor einer Einführung warnen – die praktische Umsetzung sei kaum händelbar. „Natürlich wäre es wünschenswert, wenn wir Fleisch analog zu Eiern kennzeichnen könnten. Aber es ist nicht leistbar“, glaubt Rapp. Ein Tier werde in so viele Teile zerlegt, dass es nahezu unmöglich sei, alle Produkte zu kennzeichnen.

Hoher Aufwand für Erzeuger

Genau so sieht das der Landesbauernverband. „Das ist ein Riesenaufwand an Verwaltung und Logistik. Das belastet gerade unsere kleinen und mittelständischen Betriebe. Das geht gar nicht“, sagt Bauernvertreter Eberle. Eine freiwillige Kennzeichnungspflicht sei im Sinne der Landwirte, eine Pflicht nehme ihnen aber die nötige Flexibilität. Es gebe bereits gute Label wie etwa das der Initiative Tierwohl. Es wird an freiwillig teilnehmende Landwirte vergeben. Der Handel zahlt ihnen Geld, wenn sie Standards zur Tierhaltung erfüllen.

Im Landwirtschaftsministerium will man die Vorschläge der grünen Fraktion gründlich prüfen. „Wir fühlen uns natürlich an den Koalitionsvertrag gebunden, aber wir sehen Diskussionsbedarf“, sagt ein Sprecherin von Minister Peter Hauk (CDU). Man sei strikt gegen eine Kennzeichnungspflicht für alle Fleischprodukte. Das sei schlicht nicht praktikabel.

Abbildung: Die Grünen wollen eine genauere Herkunftsbezeichnung beim Fleisch durchsetzen – Landwirte und der Koalitionspartner CDU reagieren skeptisch.

Wörter: 674

Ort: Stuttgart

Gattung: Online-Quelle

Visits (VpD): 0,107 (in Mio.)

Nummer: 2754650439

Weblink: <https://www.suedkurier.de/nachrichten/baden-wuerttemberg/news/Gruenen-Fraktion-fordert-vom-Bund-Investition-in-Bahnverkehr;art330342,9411553>

Grünen-Fraktion fordert vom Bund Investition in Bahnverkehr

Nach der Havarie in Rastatt mit der Unterbrechung der Rheintalbahn hat die Grünen-Landesfraktion massive Kritik an der Verkehrspolitik des Bundes geäußert. Fraktionschef Andreas Schwarz sagte am Mittwoch, das Land habe viele Strecken beim Bund angemeldet,

mit denen Kapazitäten und Spielräume im Schienennetz hätten geschaffen werden können. «Diese hätten auch die Folgen einer Streckensperrung - wie derzeit auf der Rheintalbahn - deutlich abgemildert.» Die Bundesregierung und der Bundesverkehrsminister seien aber bei dem Thema nach wie vor im Schlafwagen unterwegs.

Die Landtagsfraktion forderte bei ihrer Klausur ein Investitionsprogramm des

Bundes in der kommenden Legislaturperiode mit einem Volumen von sieben Milliarden Euro, das auch dem Schienennetz zugute kommen solle. Die Abgeordneten pochen insbesondere auf den Ausbau und die Elektrifizierung mehrerer Bahnstrecken. «Die aktuelle Streckensperrung der Rheintalbahn zeigt, dass die Schieneninfrastruktur in Baden-Württemberg auf Kante genäht ist», heißt es in dem von der Fraktion

beschlossenen Papier.

Die hochfrequentierte Strecke zwischen Rastatt und Baden-Baden ist seit dem 12. August gesperrt. Beim Tunnelbau der Nord-Süd-Achse waren Wasser und Erde eingedrungen, woraufhin die Schienen absackten. Am 7. Oktober soll die Strecke wieder freigegeben werden.

Wörter:

178

Gattung: Online-Quelle

Visits (VpD): 0,048 (in Mio.)

Nummer: 2754650439

Weblink: <http://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/Landtag-Gruene-Baden-Wuerttemberg-Gruenen-Fraktion-fordert-vom-Bund-Investition-in-Bahnverkehr;art19070,3911815>

Grünen-Fraktion fordert vom Bund Investition in Bahnverkehr

Stuttgart (dpa/lsw) Nach der Havarie in Rastatt mit der Unterbrechung der Rheintalbahn hat die Grünen-Landesfraktion massive Kritik an der Verkehrspolitik des Bundes geäußert. Fraktionschef Andreas Schwarz sagte am Mittwoch, das Land habe viele Strecken beim Bund angemeldet,

mit denen Kapazitäten und Spielräume im Schienennetz hätten geschaffen werden können. «Diese hätten auch die Folgen einer Streckensperrung - wie derzeit auf der Rheintalbahn - deutlich abgemildert.» Die Bundesregierung und der Bundesverkehrsminister seien aber bei dem Thema nach wie vor im Schlafwagen unterwegs.

Die Landtagsfraktion forderte bei ihrer Klausur ein Investitionsprogramm des

Bundes in der kommenden Legislaturperiode mit einem Volumen von sieben Milliarden Euro, das auch dem Schienennetz zugute kommen solle. Die Abgeordneten pochen insbesondere auf den Ausbau und die Elektrifizierung mehrerer Bahnstrecken. «Die aktuelle Streckensperrung der Rheintalbahn zeigt, dass die Schieneninfrastruktur in Baden-Württemberg auf Kante genäht ist», heißt es in dem von der Fraktion

beschlossenen Papier.

Die hochfrequentierte Strecke zwischen Rastatt und Baden-Baden ist seit dem 12. August gesperrt. Beim Tunnelbau der Nord-Süd-Achse waren Wasser und Erde eingedrungen, woraufhin die Schienen absackten. Am 7. Oktober soll die Strecke wieder freigegeben werden.

Abbildung:

Andreas Schwarz (Bündnis 90/Die Grünen). Foto: Sebastian Gollnow/Archiv.

Wörter:

188

Autor: [mis]
Seite: 6 bis 6
Ressort: Südwest

Ausgabe: Hauptausgabe
Gattung: Tageszeitung
Auflage: 51.837 (gedruckt) 49.262 (verkauft)
49.595 (verbreitet)
Reichweite: 0,166 (in Mio.)

Rubrik: Mannheimer Morgen

Ökologie: Grüne wollen mit zehn Maßnahmen Vielfalt bewahren

Konzept für Naturschutz

Stuttgart. Die Landtagsfraktion der Südwest-Grünen hat gestern bei ihrer Klausur in Ettlingen (Kreis Karlsruhe) einen Zehn-Punkte-Plan zur Biodiversität verabschiedet. „Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus, um die Schäden an der Tier- und Pflanzenwelt auszugleichen. Dafür sind in dieser Legislaturperiode weitere wirkungsvolle Maßnahmen notwendig“, sagte Andreas Schwarz, Vorsitzender der Grünen-Landtagsfraktion, dieser Zeitung. Vor allem in den landwirtschaftlich genutz-

ten Gebieten gehe die biologische Vielfalt im Südwesten dramatisch zurück, so Schwarz weiter. Deswegen müsse die Naturschutzstrategie des Landes weiterentwickelt werden.

Teil des Zehn-Punkte-Planes sind unter anderem die schnelle Erfassung von den vom Aussterben bedrohten Insektenarten, der Ausbau der ökologisch-wissenschaftlichen Lehre an den Hochschulen und die Wiederherstellung von Naturschutzgebieten. Außerdem sind die Umsetzung eines landesweiten Biotop-

verbunds und die Herstellung von Naturerfahrungsräumen in städtisch geprägten Gebieten geplant. Darüber hinaus steht die Entwicklung einer Pestizidreduktionsstrategie oder auch die Einrichtung von Bio-Musterregionen auf der Liste. Die Grünen-Fraktion drängt darauf, dass ihr Naturschutzkonzept von der Landesregierung umgesetzt wird. Die Kosten belaufen sich nach Angaben von Schwarz auf etwa 15 Millionen Euro. mis

Wörter: 163

Autor: Arnold Rieger
Seite: 5
Ressort: LANA

Ausgabe: Hauptausgabe
Gattung: Tageszeitung

Bund soll stärker für Bildung zahlen

Liberales: Land gewährt Berlin im Gegenzug Mitsprache – SPD fordert Milliarden für Kommunen – Grüne wollen Artensterben stoppen

Fraktionen Liberales: Land gewährt Berlin im Gegenzug Mitsprache – SPD fordert Milliardenhilfe für Kommunen – Grüne wollen Artensterben stoppen Arnold Rieger

Stuttgart Der Bund sollte nach Ansicht der Landtags-FDP seine Schatulle viel stärker für Bildungsaufgaben öffnen und dafür im Gegenzug auch gewisse Mitspracherechte in den Ländern erhalten. „Finanzminister Wolfgang Schäuble weiß nicht, wohin mit dem Geld“, sagte FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke am Donnerstag nach einer Klausursitzung seiner Fraktion. Die Länder könnten andererseits die Qualität der Bildung nicht aus eigener Kraft verbessern. Um die Berliner Geldquelle anzuzapfen, die Bildung aber trotzdem in der Zuständigkeit der Länder zu belassen, schlagen die Liberalen vor, dem Bund eine Mitsprache bei Standards von Schulabschlüssen oder der Lehrerbildung einzuräumen. Wie diese Standards erreicht werden, sollten die Länder aber weiterhin selbst bestimmen.

Auch SPD-Fraktionschef Andreas Stoch sieht auf diesem Feld Kooperationsmöglichkeiten, ohne die föderale Aufgabenteilung aufzuweichen. Notwendig sei eine neue Partnerschaft zwischen Bund und Ländern bei der Bildungspolitik: „Das Kooperationsverbot stößt in der Bevölkerung auf Unverständnis.“ Das

dürfe aber nicht zu einer Zentralisierung führen, denn diese bringe den Schulen keinen Qualitätsgewinn.

Die SPD-Fraktion hat sich auf ihrer Klausursitzung vor allem mit dem Landeshaushalt befasst und dabei eine gewisse Übereinstimmung mit der grün-schwarzen Regierung festgestellt. So seien die geplanten Investitionen in Digitalisierung, innere Sicherheit und Infrastruktur richtig. Darüber hinaus fordert Stoch jedoch, die Kommunen mit einer Milliarde Euro zu unterstützen, denn bei diesen sei in den vergangenen Jahren stets gekürzt worden. Angesichts der hohen Steuereinnahmen rechnet er damit, dass dem Land in den nächsten beiden Jahren ein Überschuss von zwei Milliarden Euro bleiben wird. Er fordert von der Landesregierung konkrete Angaben, was mit diesem Geld geschehen soll.

Die Liberalen bekräftigten ihre Forderung nach Schuldentilgung: Die Rückzahlung von mindestens einer Milliarde Euro sei möglich.

Die Grünen haben auf ihrer Fraktionsklausur ein detailliertes Programm zum „Erhalt der biologischen Vielfalt“

beschlossen. Es sieht unter anderem den Ankauf von ökologisch wertvollen Flächen und eine stärkere Förderung des ökologischen Landbaus vor. Zum Schutz von Insekten, Boden und Gewässern wollen die Grünen auch eine umfassende Strategie zur Verringerung des Einsatzes chemischer Pestizide vorgehen. „Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist eine Aufgabe, die uns alle betrifft“, sagte Fraktionschef Andreas Schwarz unserer Zeitung. Zwar sei die Umweltverwaltung durch neue Stellen gestärkt worden, doch seien weitere Maßnahmen notwendig.

Zunächst soll eine Erfassung bestimmter Insektenarten die Wissenslücken über den Artenschwund ausfüllen. Notwendig ist nach Ansicht der Grünen aber auch, die vielerlei Biotop besser zu verbinden. Bei der ökologischen Landwirtschaft soll das Land Vorbild werden und auf ausgewählten Staatsdomänen Beispiele für eine naturschutzgerechte landwirtschaftliche Praxis liefern. Am Freitag wollen Grüne und CDU Ergebnisse ihrer Klausuren detailliert vorstellen.

Abbildung: Fordert Grün-Schwarz zum Schuldentilgen auf: FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke.
Fotograf: dpa
Wörter: 436

Autor: Arnold Rieger
Seite: 5
Ressort: LAPO

Ausgabe: Hauptausgabe
Gattung: Tageszeitung

Bund soll stärker für Bildung zahlen

Liberales: Land gewährt Berlin im Gegenzug Mitsprache – SPD fordert Milliardenhilfe für Kommunen – Grüne wollen Artensterben stoppen

Fraktionen Liberales und SPD sprechen sich für Kooperation aus. Arnold Rieger

Der Bund sollte nach Ansicht der Landtags-FDP seine Schatulle viel stärker für Bildungsaufgaben öffnen und dafür im Gegenzug auch gewisse Mitspracherechte in den Ländern erhalten. „Finanzminister Wolfgang Schäuble weiß nicht, wohin mit dem Geld“, sagte FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke am Donnerstag nach einer Klausursitzung seiner Fraktion. Die Länder könnten andererseits die Qualität der Bildung nicht aus eigener Kraft verbessern. Um die Berliner Geldquelle anzuzapfen, die Bildung aber trotzdem in der Zuständigkeit der Länder zu belassen, schlugen die Liberalen vor, dem Bund eine Mitsprache bei Standards von Schulabschlüssen oder der Lehrerbildung einzuräumen. Auch SPD-Fraktionschef Andreas Stoch sieht Kooperationsmöglichkeiten, ohne die föderale Aufgabenteilung aufzuweichen. Notwendig sei eine neue Partnerschaft zwischen Bund und Ländern bei der Bildungspolitik: „Das Kooperationsverbot stößt in der Bevölkerung auf Unverständnis.“ Das dürfe aber nicht zu einer Zentralisierung füh-

ren, denn diese bringe keinen Qualitätsgewinn.

Die SPD-Fraktion hat sich auf ihrer Klausursitzung vor allem mit dem Landeshaushalt befasst und dabei eine gewisse Übereinstimmung mit der grün-schwarzen Regierung festgestellt. So seien die geplanten Investitionen in Digitalisierung, innere Sicherheit und Infrastruktur richtig. Darüber hinaus fordert Stoch jedoch, die Kommunen mit einer Milliarde Euro zu unterstützen, denn bei diesen sei in den vergangenen Jahren stets gekürzt worden. Angesichts der hohen Steuereinnahmen rechnet er damit, dass dem Land in den nächsten beiden Jahren ein Überschuss von zwei Milliarden Euro bleiben wird. Er fordert von der Landesregierung konkrete Angaben, was mit diesem Geld geschehen soll. Die Liberalen bekräftigten ihre Forderung nach Schuldentilgung: Die Rückzahlung von mindestens einer Milliarde Euro sei möglich.

Die Grünen haben auf ihrer Fraktionsklausur ein detailliertes Programm zum „Erhalt der biologischen Vielfalt“

beschlossen. Es sieht unter anderem den Ankauf von ökologisch wertvollen Flächen und eine stärkere Förderung des ökologischen Landbaus vor. Zum Schutz von Insekten, Boden und Gewässern wollen die Grünen auch eine umfassende Strategie zur Verringerung des Einsatzes chemischer Pestizide vorgehen. „Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist eine Aufgabe, die uns alle betrifft“, sagte Fraktionschef Andreas Schwarz unserer Zeitung. Zunächst soll eine landesweite Erfassung bestimmter Insektenarten die Wissenslücken über den Artenschwund ausfüllen. Notwendig ist nach Ansicht der Grünen aber auch, die vielerlei Biotope besser zu verbinden. Bei der ökologischen Landwirtschaft soll das Land Vorbild werden und auf ausgewählten Staatsdomänen Anschauungsbeispiele für eine naturschutzgerechte landwirtschaftliche Praxis liefern. An diesem Freitag wollen Grüne und CDU die Ergebnisse ihrer Fraktionsklausuren detailliert vorstellen.

Abbildung: Fordert Grün-Schwarz zum Schuldentilgen auf: FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke.
Fotograf: dpa
Wörter: 397

Heute in der Zeitung

Politik

Pflege wird zum Wahlkampfthema

Kurz vor Toreschluss ist die Pflegemisere in Altenheimen und Kliniken noch ein Wahlkampfthema geworden. SEITE 5

Wieder mehr Flüchtlinge in der Ägäis

Seit Beginn dieses Monats sind bereits rund 3200 Menschen auf den ostägäischen Inseln eingetroffen. SEITE 7



Aus aller Welt

Sensation vor Ostende

Auf dem Grund der Nordsee ist ein deutsches U-Boot aus dem Ersten Weltkrieg entdeckt worden. SEITE 9

Wirtschaft

Vor allem Privatleute kaufen kabellos

Gartengeräte mit Akkus sind der Motor für das Wachstum bei der Waiblinger Stahl-Gruppe. SEITE 12

Entdecken

Wo geht's denn hier zur Toilette?

Immer mehr Menschen leiden an chronischen Darmentzündungen. Die Suche nach Ursachen ist schwierig. SEITE 18

Stuttgart & Baden-Württemberg

Der Club der feinen Gaumen

Das Stuttgarter Start-up You Dinner bringt Genießer an ungewöhnlichen Orten gemeinsam an den Tisch. SEITE 20

Zelte brauchen mehr Ordnung

Am Freitag beginnt das 172. Cannstatter Volksfest. Die Sicherheit bleibt das beherrschende Thema. SEITE 21

Reportage

Auf Tour mit dem Polit-Nachwuchs

Eine 15-jährige Jungsozialistin und ein 15-jähriger von der JU machen Haustürwahlkampf in Pforzheim. SEITE 28

Kultur

Monster, Dämonen und Todesfurcht

Der Bestseller-Autor Stephen King ist ein Meister des Horrors. An diesem Donnerstag wird er 70 Jahre alt. SEITE 30



Sport

Er passt nicht ins System

Tim Holler ist einer der besten deutschen Beachvolleyballer. Der Verband aber glaubt nicht mehr an ihn. SEITE 33

Kommentare

Handel Die Insolvenz von Toys R Us in den USA muss auch für den Handel hier eine Lehre sein, so Daniel Gräfe. SEITE 11

Dornier-Museum Der Ruhm der Landshut-Rückführung wurde allzu früh verteilt, meint Rüdiger Bäßler. SEITE 26

Rubriken

Impressum _____ 12 Notfallnummern _____ 22, 23
Heizölpreise _____ 12 Fernsehprogramm _____ 31
Familienanzeigen _____ 17 Was Wann Wo _____ 32



Das digitale Angebot der StZ

Immer aktuell und früher informiert

Nutzen Sie mit der Webseite und der digitalen Zeitung die gesamte redaktionelle Vielfalt der StZ. Informationen unter www.stuttgarter-zeitung.de/plus

stuttgarter-zeitung.de

Internationaler Piratentag

Die Welt der Piraten im Quiz

Wissen sie, wie ein richtiger Pirat redet, gestikuliert und Grimassen schneidet? Das erfahren Sie in unserem Quiz. stzlinx.de/1/b



Heidenheim

Warum Menschen gaffen

Nach dem Fall eines Gaffers in Heidenheim fordert die Polizeigewerkschaft ein härteres juristisches Durchgreifen. stzlinx.de/1/a

Ihr Kontakt zur Stuttgarter Zeitung

Telefon
Zentrale und Redaktion _____ 0711/72 05-0
Anzeigen _____ 07 11/72 05-21
Leserservice _____ 07 11/72 05-61 61
Probe-Abonnement _____ 080 00 14 14 14
Online
www.stuttgarter-zeitung.de
www.stuttgarter-zeitung.de/digital
www.stuttgarter-zeitung.de/anzeigenbuchen
Fax
Redaktion _____ 07 11/72 05-12 34
Anzeigen _____ 018 03/08 08 08
Leserservice _____ 07 11/72 05-61 62
*0 18 03: 0:09 Euro/Min.
Preise aus dem dt. Festnetz,
Mobilfunkhöchstpreis 0,42 Euro/Min.
E-Mail
Redaktion: redaktion@stz.zgs.de
Anzeigen: anzeigen@stz.zgs.de
Leserservice: service@stz.zgs.de

Redaktion Stuttgarter Zeitung, Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart
Leserservice Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 43 54, 70038 Stuttgart
Anzeigen Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH, Postfach 10 44 26, 70039 Stuttgart
Chiffre Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH, Postfach 10 44 27, 70039 Stuttgart

Die Politik entdeckt die Insekten



*Kleine Schönheiten:
Es gibt nahezu
50 Arten von
Bläulingen in
Deutschland,
viele davon
gelten als
gefährdet.
Foto: dpa*

Tagesthema

Ökologie Noch nie wurde ein solcher Verlust an Insekten beobachtet wie in den vergangenen Jahren. Die Ursachen liegen auch in der Intensivierung der Landwirtschaft. Bis Ende Oktober soll auf Landesebene ein Konzept gegen das Artensterben vorliegen. *Von Arnold Rieger*

bei dürfen wir uns allerdings nicht auf die Schutzgebiete beschränken, sondern müssen die Defizite in der Agrarlandschaft beheben“, sagt der CDU-Mann Hauk. Immerhin hat die landwirtschaftlich genutzte Fläche einen Anteil von 45 Prozent.

Die spannende Frage wird sein, ob sich Agrar- und Umweltinteressen so ausgleichen lassen, dass sowohl Bauern als auch Bienen etwas davon haben. Denn dass intensive Landwirtschaft etwas mit dem Artenrückgang zu tun hat, bestreitet heute niemand mehr. „Schaffen wir es, die Bewirtschaftungsweise so weiterzuentwickeln, dass es für die Artenvielfalt positiv ist? Ich glaube, das kann gelingen“, meint Hauk. Doch er mahnt auch, man müsse das klug anpacken und dürfe nicht die Käseglocke über die Landschaft stülpen.

Der CDU-Mann macht gleich einen Vorschlag: Im September blühe auf den Äckern nicht mehr viel – was für die Insekten nachteilig sei. „Wir brauchen deshalb Blühhilfsmaßnahmen, um die nahrungsarme Zeit überbrücken zu können.“ Als Alternative zum Mais gebe es als Energie- und Futterpflanze

etwa die Durchwachsene Silphie, eine in Nordamerika beheimatete ausdauernde und mehrjährige Pflanzenart aus der Familie der Korbblütler, allerdings mit 20 Prozent geringerem Ertrag. Auch an den Ufern der Gewässer und in Wäldern lasse sich die Bewirtschaftung ökologisch verbessern, meint Hauk.

Untersteller und die Landtags-Grünen haben ihre Vorstellungen zu dem Thema in der vergangenen Woche auf ihrer Klausursitzung in Ettligen konkretisiert. In einem Zehnpunkteplan zur biologischen Vielfalt fordern sie, das Phänomen des Insektensterbens zunächst einmal landesweit zu erfassen: Systematisches „Insektenmonitoring“ gibt es nämlich bisher nur an ganz wenigen Orten.

Die Grünen wollen aber auch die mehr als tausend Naturschutzgebiete besser erhalten, den Ökolandbau voranbringen, die Nutzung der Streuobstwiesen fördern, die Biotop besser verbinden und nicht zuletzt eine Strategie zur Verringerung des Pestizideinsatzes erarbeiten – die letztlich allerdings nur die EU umsetzen könnte. Konsequenterweise will sich Unter-

INSEKTEN SIND DIE ARTENREICHSTE TIERKLASSE

Verbreitung Rund zwei Drittel aller Tiere auf der Erde sind Insekten, sie sind mit Ausnahme der Ozeane in fast allen Lebensräumen zu finden, selbst in der Antarktis. Man kennt mehr als eine Million Arten, es wird jedoch vermutet, dass es noch Millionen unentdeckter Arten gibt.

Merkmale Das Wort Insekt stammt aus dem Lateinischen „Insectum“ bedeutet „das Eingeschnittene“ – und das bezieht sich auf die stark voneinander abgesetzten Körperteile. Denn allen Insekten gemeinsam ist die Gliederung des Leibes in drei Abschnitte Kopf, Brust und

Hinterleib. Zudem haben die Tiere einen Chitinpanzer und drei Beinpaare. Nahrung finden sie vor allem durch chemische und physikalische Reize. Haarsinnesorgane, die über den Körper verteilt sind, können Erschütterungen, Schwingungen oder auch Gerüche wahrnehmen. StZ

Kaum mehr Schmetterlinge im Netz

Weniger Arten, weniger Individuen – das ist das Resümee von Fachleuten zur aktuellen Lage von Schmetterlingen, Spinnen und anderen Insekten in Deutschland. Wissenschaftlich genau beziffern lässt sich dieser Rückgang allerdings nicht, dafür sind die verfügbaren Daten zu gering und zu lokal begrenzt. Ein flächendeckendes Monitoring, also ein systematisches Erfassen und Protokollieren, fehlt.

Der oft zitierte Wert von 80 Prozent, um die die Biomasse der Insekten in den vergangenen Jahren abnahm, basiert auf den Erkenntnissen des Entomologischen Vereins Krefeld. Dort stellen Wissenschaftler mithilfe von Ehrenamtlichen seit vielen Jahrzehnten sogenannte Malaise-Fallen auf, in denen sich die Tiere verfangen. So kann man sie zählen. Als die Krefelder Forscher 2013 im Naturschutzgebiet Orbrioch das Insektenvorkommen an zwei Standorten mit jenen des Jahres 1989 verglichen, stellten sie eine Abnahme von mehr als 75 Prozent fest. Im Wahnachtal bei Bonn wiederum wurde seit 1989 bei Großschmetterlingen ein Artenverlust von 22 Prozent und ein Individuenverlust von 56 Prozent registriert.

Die Daten gelten als wissenschaftlich gesichert und fanden international Beachtung. Bei einem öffentlichen Fachgespräch des Umweltausschusses

Daten Studien belegen, dass der Bestand der Insekten deutlich abgenommen hat. Besonders in der Kritik sind die Neonikotinoide. *Von Arnold Rieger*

des Deutschen Bundestags sprachen die Fachleute jedenfalls unisono von einem dramatischen Rückgang seit der Jahrtausendwende. Große Arten sind offenbar mehr betroffen als kleine, Spezialisten häufiger als Generalisten.

Als Ursachen werden verschiedene Faktoren genannt, so etwa die Fragmentierung und Zerstörung von Lebensräumen. Für den Rückgang machen manche Wissenschaftler aber auch Neonikotinoide, eine Gruppe von Insektiziden, verantwortlich. Sie werden seit Mitte der 1990er Jahre in der Landwirtschaft eingesetzt und enthalten synthetisch hergestellte Wirkstoffe, die bei Insekten die Weiterleitung von Nervenreizen blockieren und so zum Tod führen. Für den Anbau von Kulturpflanzen ist diese Wirkung willkommen, denn mit Präparaten wie Clothianidin oder Imidacloprid lassen sich Pflanzen sowohl vor beißenden als auch vor saugenden Insekten schützen. Studien aus verschie-

stelter stärker in die Diskussion über die gemeinsame EU-Agrarpolitik einmischen. Spätestens hier werden die Interessen hart aufeinanderstoßen, denn Hauk sieht sich den Landwirten verpflichtet: „Es ist bedauerlich, dass Artenschutz immer gleichgesetzt wird mit Extensivierung.“

Untersteller glaubt trotzdem, dass Grüne und Schwarze beim Artenschutz zusammenkommen. Zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz gebe es schließlich gemeinsame Interessen, und die seien auch ökonomischer Natur: „Wir wollen ja nicht dahin kommen, dass wir mit Wattestäbchen zum Bestäuben der Blüten durch die Obstplantagen laufen.“ Und: Wo sonst außer in Baden-Württemberg mit seiner kleinräumigen Agrarstruktur könnten Landwirtschaft und Artenschutz besser zusammenkommen?

Der Landtag muss noch zusätzliches Geld bewilligen

Zunächst einmal soll der Landtag dafür aber zusätzliches Geld bewilligen. Hauk und Untersteller rechnen damit, dass die Regierungsfaktionen das Artenschutzkonzept bei der Etaaufstellung finanziell unterstützen. Die genaue Summe soll sich erst im Licht der Steuerschätzung im November herausfinden, doch einen „Leertitel“ gibt es dafür immerhin schon im Etat.

Für seinen Bereich hat Agrarminister Hauk auch schon eine Vorstellung: „Damit man das spürt, braucht man für die Landwirtschaft um die zehn Millionen Euro.“ Geld wird zum Beispiel dafür nötig sein, um weitere Flächen zu kaufen. „Was nützen uns große Moore, wenn sie nicht miteinander verbunden sind?“, fragt der Grünen-Politiker Untersteller. Notwendig seien sogenannte Trittschwellen. Doch solche Flächen werden in der Regel landwirtschaftlich genutzt.

Es gehe nicht nur ums Geld, sondern auch darum, Landwirte, Verwaltung und Öffentlichkeit für das Thema Artenvielfalt zu sensibilisieren, betont Untersteller. So gebe es bei den Agrarbehörden bereits die Möglichkeit zur Biodiversitätsberatung, doch die kenne niemand. Untersteller: „Das wird so gut wie nicht genutzt.“

denen Ländern belegen mittlerweile einen Zusammenhang zwischen dem Einsatz der Insektizide und dem generellen Schwund von Insekten.

Die Auswirkungen auf Honigbienen werden von der Wissenschaft zwar noch kontrovers diskutiert, doch im Stuttgarter Umweltministerium kommt man zum Schluss: „In der Gesamtschau der vorliegenden Erkenntnisse muss davon ausgegangen werden, dass neonikotinoide Wirkstoffe in Pflanzenschutzmitteln erhebliche negative Auswirkungen auf Nicht-Zielorganismen wie beispielsweise Honigbienen haben.“ Deshalb hat die EU-Kommission bereits im Jahr 2013 die Verwendung einiger dieser Wirkstoffe stark eingeschränkt.

Der Verlust von Biodiversität hat nach Meinung der Fachleute auch im Hinblick auf das Bestäuben einen erheblichen Einfluss auf Wild- und Nutzpflanzen sowie auf die Nahrungsmittelproduktion. Und nicht zuletzt gilt der Insektenmangel als eine der Ursachen für die rückläufige Zahl von Vögeln: „Für das Ökosystem ist das fatal, denn Insekten sind die Grundlage vieler Tiere“, sagt der frühere Nabu-Landesvorsitzende und jetzige Staatssekretär im Umweltministerium, André Baumann.

Von vielen Seiten steht die Politik deshalb unter Druck. Vor allem die Umweltverbände fordern einen grundlegenden Wandel beim Einsatz von Insektiziden in der Landwirtschaft.

Autor: Von unserem Korrespondenten Michael Schwarz
Seite: 5
Ressort: BADEN-WÜRTTEMBERG
Ausgabe: Hauptausgabe
Gattung: Tageszeitung
Auflage: 17.866 (gedruckt) 19.839 (verkauft)
20.356 (verbreitet)
Reichweite: 0,051 (in Mio.)

Vorhandene Schäden ausgleichen

Südwest-Grüne fordern in Zehn-Punkte Plan mehr Biodiversität

ETTLLINGEN Die Landtagsfraktion der Südwest-Grünen hat gestern bei ihrer Klausur in Ettlingen (Kreis Karlsruhe) einen Zehn-Punkte-Plan zur Biodiversität verabschiedet. „Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus, um die Schäden an der Tier- und Pflanzenwelt auszugleichen. Dafür sind in dieser Legislaturperiode weitere wirkungsvolle Maßnahmen notwendig“, sagte Andreas Schwarz, Vorsitzender der Grünen-Landtagsfraktion, gegenüber der Heilbronner Stimme. Das Papier zu dem Zehn-Punkte-Plan liegt unserer Zeitung

vor. Vor allem in den landwirtschaftlich genutzten Gebieten gehe die biologische Vielfalt im Südwesten dramatisch zurück, so Schwarz weiter. Deswegen müsse die Naturschutzstrategie des Landes weiterentwickelt werden. Teil des Zehn-Punkte-Planes sind unter anderem die schnelle Erfassung von den vom Aussterben bedrohten Insektenarten, der Ausbau der ökologisch-wissenschaftlichen Lehre an den Hochschulen, die Wiederherstellung von Naturschutzgebieten, die Umsetzung eines landeswei-

ten Biotopverbunds, die Herstellung von Naturerfahrungsräumen in städtisch geprägten Gebieten, die Entwicklung einer Pestizidreduktionsstrategie oder auch die Einrichtung von Bio-Musterregionen. Kosten Die Grünen-Fraktion drängt darauf, dass ihr Naturschutzkonzept von der Landesregierung umgesetzt wird. Die Kosten belaufen sich nach Angaben von Schwarz auf etwa 15 Millionen Euro.

Abbildung: Andreas Schwarz, Vorsitzender der Grünen-Landtagsfraktion. Foto: dpa
Wörter: 171
Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Heilbronner Stimme GmbH und Co. KG

Autor: Von Kara Ballarin
Seite: 2
Ressort: Wir im Süden

Gattung: Tageszeitung
Auflage: 18.869 (gedruckt) 19.516 (verkauft)
 19.807 (verbreitet)
Reichweite: 0,055 (in Mio.)

Ringen um mehr Frauen im Landtag

Grüne und Frauen-Union forcieren Wahlrechtsänderung – CDU-Fraktion bremst

Die Debatte um eine Reform des Landtagswahlrechts ist in Stuttgart neu entflammt – auch wenn sich derzeit alle Augen wegen der Bundestagswahl auf Berlin richten. Die Grünen bestehen auf eine Änderung, um mehr Frauen ins Parlament zu bekommen. Die Frauen-Union stimmt mit ein. Doch die CDU-Fraktion möchte am liebsten gar nichts ändern. Nun soll der gemeinsame Koalitionsausschuss das Thema voranbringen. In Baden-Württemberg sind mehr Frauen wahlberechtigt als Männer. Im Landtag seien sie allerdings in geringerer Zahl vertreten als im afghanischen Parlament – so spotten die einen. Andere finden das überhaupt nicht lustig. „Mit knapp 25 Prozent Frauenanteil sind wir bundesweit das Schlusslicht“, sagt etwa die Grünenabgeordnete Thekla Walker.

Informelle Gespräche

Auch die Europaabgeordnete Inge Gräßle macht Druck auf ihre CDU. „Ein weiteres Aussitzen dieses Themas ist ein schwerer Fehler“, sagt die Landesvorsitzende der Frauen-Union. Walker hat sich mit dem CDU-Abgeordneten Bernhard Lasotta und weiteren Mitgliedern der beiden Regierungsfractionen zu informellen Gesprächen über die Wahlrechtsänderung getroffen – ohne Ergebnis. „Seit Jahren wird beklagt, dass wir zu wenig Frauen im Parlament haben“, sagt Walker. Grün-Rot wollten bereits in der vergangenen Legislaturperiode eine Reform auf den Weg bringen. Der Landesfrauenrat fordert eine Änderung seit

den 1980er-Jahren. „Das Instrument für mehr Frauen im Parlament ist die Liste“, sagt Walker. Teilnehmer der Gesprächsrunden hätten durchgerechnet, wie der Frauenanteil nach der Landtagswahl 2016 gewesen wäre mit solch einer Liste. Das Ergebnis: 30 Prozent. „Das ginge dann in Richtung Bundesschnitt“, sagt Walker.

Gräßle pocht auf den grün-schwarzen Koalitionsvertrag, den sie mit ausgehandelt hat. Darin ist klar von einer Landesliste die Rede. Damit, so Gräßle, sei es möglich, die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite abzudecken – nicht nur mehr Frauen, sondern etwa auch Abgeordnete aus den Städten. Von der CDU beispielsweise haben es ausschließlich Kandidaten vom Land 2016 in den Landtag geschafft.

In den Nebenabreden haben sich die Partner zudem darauf festgelegt, trotz einer Liste am Einstimmenwahlrecht festzuhalten. Es ist der Kompromiss aus dem Wunsch von Grünen und Frauen-Union, die am liebsten ein Zweistimmenwahlrecht hätten, und der CDU-Fraktion, die gar nichts ändern möchte. Eine solche Kombination – Einstimmenwahlrecht plus Liste – wäre bundesweit einmalig.

Der CDU-Abgeordnete Bernhard Lasotta sieht keinen Vorteil in einer Wahlrechtsänderung. „Die Grünen argumentieren mit dem Frauenanteil, aber sie haben es ja auch so geschafft, dass die Hälfte ihrer Abgeordneten Frauen sind.“ Er lastet den Mangel an weibli-

chen Abgeordneten bei der CDU seiner Partei an. „Ich würde mir mehr Diskussionen in der Partei über gesellschaftspolitische Themen wünschen“ – über Integrationspolitik, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Pflege, nicht nur über Polizei und innere Sicherheit. „Dann sprechen wir auch mehr Frauen an, die Lust bekommen, bei uns mitzuarbeiten.“ Das bisherige Einstimmenwahlrecht halte er für gerecht, denn es stärke die Stellung des direkt gewählten Abgeordneten vor Ort. „Ich bin der Meinung, dass man gar nichts ändern muss. Es ist gut, eine selbstbewusste Fraktion gegenüber der Partei zu haben.“ Das führe zu gegenseitiger Kontrolle.

„Es geht aber nicht um die CDU Baden-Württemberg“, sagt die Grüne Walker, „sondern um das Landesparlament insgesamt.“ Auch wenn es in ihrer Fraktion kritische Stimmen gebe – fast alle Abgeordneten erlangten ihren Sitz im Parlament per Direktmandat – stehe die Fraktion wie die Partei zur Reform. So sagt auch Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz: „Ich habe einen klaren Verhandlungsauftrag.“

Für die Grünen Walker und Schwarz steht fest, dass die Wahlrechtsreform schnell angegangen werden muss. Walker spricht von einer interfraktionellen Arbeitsgruppe, die sich dem Thema bald intensiv widmen soll. CDU-Fraktionschef Wolfgang Reinhart sieht hingegen keine Eile. „In den nächsten Monaten wird sich da nichts tun.“

Wörter: 581
Ort: Stuttgart